

Cannabisfreigabe – das lizenzierte Elend

Eine Stellungnahme der Kommission Sucht und Drogen

Seit Jahren gibt es Auseinandersetzungen über die wie auch immer geartete Freigabe von Cannabis. Die eklatanten Folgen und Folgeschäden sind sämtlich in der Fachwelt gut bekannt, sodass hier nur noch der letzte einschlägige UN-Bericht erwähnt wird, der unter anderem den Zusammenhang von Schädigungssensibilität der Hirnreifung durch Cannabis herausstellt. Davon unverdrossen betreibt die Berliner Ampelkoalition ihre von falschen ideologischen – nicht naturwissenschaftlichen – Voraussetzungen ausgehende staatlich lizenzierte Frei- und Abgabe, die zur Verelendung kindlicher und jugendlicher Konsumenten und Suchtkranker führen wird. Mehr Stoff macht nichts besser! Freigabe bedeutet Preisgabe! Wir wagen hier aus Verantwortung gegenüber Land und Leuten eine Prognose zur Entwicklung nach einem solchen Freigabeschritt und beschränken uns auf nur drei verheißene Positiveffekte: Schwarzmarktaustrocknung, Konsumentensicherheit, Gesundheitsfolgen.

Hauptargument „Austrocknung des Schwarzmarktes“

Wir erwarten das Gegenteil. Es kann eine kurze Neuorientierung und Umstrukturierung auf der Anbieter- und Händlerseite geben. Die staatlich lizenzierten Preise werden aus steuerlichen und anderen Gründen nicht „von Pappe“ sein. Auf dem weiter bestehenden Schwarzmarkt wird ein Preisdumping entstehen, dann natürlich mit schädlichen Beimengungen. Vom offiziellen, zu niedrigen Alterslimit Betroffene werden so auf jeden Fall versorgt, abgezweigt vom Legalmarkt oder mittels Strukturen der organisierten Krimi-

nalität. Es sickert durch! Das wird auch für Mischungen mit sehr hohen THC-Werten so sein! Die nächste Profit-chance winkt der organisierten Kriminalität mit neuen Substanzen. Das NPS-Dilemma (Neue psychoaktive Substanzen) und andere Neuerungen werden noch mehr blühen und Ableger bekommen.

Argument „Mehr Sicherheit für Konsumenten“

Es wird sie eher nicht geben! Zuerst fehlt dafür eine klare offizielle und breit akzeptierte Beurteilung des gesamten Drogenthemas. Ständige Freigabedis-



kussionen, von welcher Substanz auch immer, senken die Konsumschwelle, begünstigen steigende Zahlen von Behandlungen und Drogentoten. Verharmlosende beziehungsweise unterbliebene Aufklärung erhöht das Schadenspotenzial. Die Reinheit des offiziell verkauften Präparats schließt eine spätere „Streckung“ nicht aus. Es werden kosmetische Verschönerungen wie „drugchecking“ empfohlen, mehr Sicherheit durch praktizierte Sanktionen sind offensichtlich nicht beabsichtigt. Es fehlt an Polizei und besonders an Staatsanwälten wie Richtern, die auch Sanktionen vollziehen wollen. In den letzten Jahren wurden Sanktionsmaßnahmen als ineffektiv angesehen,

wurden aber auch nicht regelhaft angewendet. Das System drehte sich im Leerlauf, Polizei und Justiz hatten es mit den Verfahren satt. Gab nun eine abgeschaffte Regelanwendung mehr Sicherheit? In Nachbarstaaten führte solches Vorgehen jedenfalls zu mehr und rabiaterer organisierter Kriminalität!

Argument „Mehr Gesundheit für Konsumenten“

Vorbemerkung: Nichts wird mit mehr verfügbarem Stoff besser! Biologie und Pathophysiologie sind nicht ideologisch löslich! Wir rechnen mit steigenden Fallzahlen bei Kindern und Jugendlichen, von denen wir ohnehin zu wenige haben. Nachgewiesen sind dort überdauernde Negativeffekte auf Kognition, Planungsfähigkeiten und Selbststeuerung, die Lebenskarrieren irreparabel beschädigen. Hinzu kommt das gesamte Spektrum von Angst-erkrankungen, Depressionen, Psychosen (schon bei geringeren THC-Konzentrationen über sechsfaches Risiko schizophrener Erkrankung). Dieser Anstieg trifft auf eine personell ausgezehrt psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlungsstruktur für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Schicksale mit Verelendung werden die Folge sein, was eine Behandlungskapazität erfordert, die schon gegenwärtig nicht vorgehalten werden kann. Suizide, Unfälle und Unfallfolgen durch Fahren unter Drogen mit hohen Kosten für die Gesellschaft kommen hinzu.

Unser Land wird mit einer solchen Gesetzeslage nur verlieren und mehr Elend sehen! ■

Dr. med. Frank Härtel
Vorsitzender

im Namen der Kommission Sucht und Drogen